

Bericht zur Landesarbeitstagung am 16.Mai 2017

Die diesjährige Landesarbeitstagung fand im Vortragsaal der Bereitschaftspolizei in Enkenbach-Alsenborn statt.

Zum Thema der ersten LAT hätte vermutlich jeder der rund 100 anwesenden einen Beitrag leisten können. Die Reichsbürger sind aktuell regelmäßig in Funk und Fernsehen anzutreffen und für die Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen im Innen- wie auch Außendienst nicht nur dort. Leider musste sich Ende des vergangenen Jahres erst ein tragischer Vorfall ereignen um das Thema in das Bewusstsein der Bevölkerung und vor allem in das der politischen Mandatsträger zu rücken.

Der Vorsitzende Herr Jürgen Doll, eröffnete die gut besuchte Tagung und begrüßte den Verbandsbürgermeister Andreas Alter, Bürgermeister Jürgen Wenzel, Polizeioberrat Kai Süßenbach, den Referenten Dr. H. Fischer-Drumm und natürlich die anwesenden Vollstrecker/innen. Herr Doll zeigte sich erfreut darüber, dass die anwesenden Kolleginnen und Kollegen die Hürde der Online-Anmeldung offensichtlich sehr gut gemeistert hatten. Des Weiteren sprach er seinen besonderen Dank den Polizeibeamten aus, welche tagtäglich ihr Leben für das Gemeinwohl riskieren und deren Familien denen ebenfalls viel abverlangt wird.

Der Referent des Tages, Herr Dr. Herbert Fischer-Drumm, startete im Anschluss an die Grußworte sodann den 1. Teil des Fachreferats zum Thema „Information und Verhaltenscoaching zum Problem Reichsbürger“ anhand einer Präsentation. Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik nicht an und berufen sich stattdessen auf ein Deutsches Reich. Insbesondere ging er in der Folge auf den Prototyp eines „Reichsbürgers“ ein. Dieser sei in der Regel männlich, lebensälter, alleinstehend, sozial distanziert und verfüge über eine narzistische Persönlichkeit.

Die verbale Aggressivität ist bei diesem Personenkreis stark ausgeprägt und die Kommunikation ist nicht auf Konfliktlösung ausgelegt. Mittlerweile sei es jedoch auch so, dass unter den Reichsbürgern vermeintlich intellektuelle Menschen anzutreffen sind, wie z.B. Doktoren und Juristen. Wichtig sei es bei diesen Menschen straffälliges Verhalten unbedingt anzuzeigen und man solle erst gar nicht versuchen diese zu therapieren. Liegen Informationen zu einem Reichsbürger vor sollten diese dem Verfassungsschutz gemeldet werden. Etwa jeder fünfte in Rheinland-Pfalz bekannte Reichsbürger ist bisher strafrechtlich in Erscheinung getreten und dieser Personenkreis besitzt weitaus häufiger eine Waffenbesitzkarte bzw. einen Kleinen Waffenschein als der durchschnittliche Teil der Bevölkerung (Quelle: Rhein-Lahn Zeitung vom 03.05.2017).

Wichtig ist es weiter Vollstreckungsmöglichkeiten auszuschöpfen und diesem Personenkreis keine Sonderbehandlung zukommen zu lassen. Sollte es Anzeichen dafür geben, dass es sich bei einem Schuldner um einen Reichsbürger handelt ist erhöhte Vorsicht geboten. Im Außendienst sollten diese nicht ohne Begleitung aufgesucht werden. Es empfiehlt sich, gemeinsam mit zumindest einem Vollzugsbeamten an der Haustüre des Schuldners anzuklopfen, oder aber die örtliche Polizeidienststelle im Rahmen der Amtshilfe um Unterstützung zu bitten.

Im zweiten Teil des Fachreferats wurden dann die Vollstrecker/innen zur aktiven Mitarbeit aufgefordert. Hierzu wurden drei Arbeitsgruppen gebildet welche, mit Unterstützung von Moderatoren, Ergebnisse zu verschiedenen Themenfeldern ausarbeiteten. Wie sich schon bei der Befragung im Vorfeld zeigte, konnten die meisten Kolleginnen und Kollegen ihren Beitrag zu diesem Thema leisten.

Die Dreiviertelstunde die den Arbeitsgruppen eingeräumt wurde, reichte bei weitem nicht aus um die Vielzahl an Begegnungen und Erfahrungen zu Papier zu bringen. Die Moderatoren hatten im Anschluss die Aufgabe die Ergebnisse vorzutragen. Hierbei erfolgte nochmals der Aufruf das Forum auf der Seite www.vollstreckungsbeamte-rlp.de zum Erfahrungsaustausch zu nutzen. Hierbei handelt es sich um ein geschlossenes, gegen Zugriffe von Außerhalb geschütztes Forum. Im Anschluss an die Präsentationen beantwortete Herr Dr. Fischer-Drumm Fragen aus der Mitte der Teilnehmer/innen.

Das Schlusswort wurde von dem 2. Vorsitzenden der Fachgruppe, Herrn Franz Baldauf, dazu genutzt um dem Referenten Herr Dr. Fischer-Drumm und ganz besonders Herrn Polizeioberst Süßenbach für die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu danken. Weiter erfolgte der Hinweis, dass die 2. Landesarbeitstagung am 24.10.2017 in Edenkoben stattfinden wird. Beabsichtigt ist Frau Seipp, die Leiterin der Vollstreckungsstelle des Beitragsservice, einzuladen.

Erstellt von Daniel Reh